

# Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpf.

Verlag: Der Bergwerks-Verlag für die Zeit vom 1.-16. August 0,10 Goldmark. - Anzeigenpreis: 20 Pf. Die 10 tägliche Wochenschrift 0,10 Goldmark. Einzelhefte und Angebote 0,08 Goldmark. Bindung und

Redaktions-Vertrau: Deutzen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Vertrau: Deutzen 458

amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Bekanntheit 0,40 Goldmark. Laufende Anträge werden nur zum Ende des Monats. Redaktion und Geschäftsstelle Deutzen O.-S., Bismarckstraße 9

## Verfassungstag.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. - Fünf Jahre Reichsverfassung.

### Neueste Nachrichten.

Wie die Blätter melden, sind die Mitglieder der Reparationskommission nach Paris zurückgekehrt.

Aus Peking wird gemeldet, daß der Außenminister erklärt hat, die russisch-chinesische Konferenz werde wahrscheinlich am 15. August zusammenzutreten.

Den Blättern zufolge wird der in Homont bei Verdun verhaftete Kommunist Kessel, der, wie bereits berichtet, mit dem deutschen Reichstaatsabgeordneten Heinlein verwechselt worden war, aus Belgien ausgewiesen.

Am „Reichsanzeiger“ werden heute die neuen Schlichter der Erwerbslosenfürsorge veröffentlicht. Sie treten am gleichen Tage in Kraft. Die Unterstellungen werden ungefähr im Ausmaß der Reichstagsbeschlüsse erfolgt.

Nach Blättermeldungen kamen durch Ueberführungen auf Koromora 700 Menschen ums Leben. 10.000 Häuser wurden zerstört.

Infolge einer Explosion in einer Eisenbahngrube von Yehama in der Provinz Fukuoka (Japan), sind 50 Bergleute eingekerkert worden. Es wird befürchtet, daß sie sämtlich umgekommen sind. Bisher sind 9 Leichen geborgen worden.

### Information der Kabinettsmitglieder.

Berlin, 11. August. Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Raab, der der Londoner Delegation angehört, war am Sonntag in Berlin und wird sich heute vormittag in London nach London zurückbegeben. Der Zweck seiner Reise war eine persönliche Information der zurückgekehrten Kabinettsmitglieder und des Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf in London.

### Aufhebung weiterer Anweisungsbefehle.

Darmstadt, 11. August. Am befehligen Gehalt wurde die Ausweisung von 6400 Reichsbekanntem aufgehoben. Von 170 ausgesprochenen Staats- und Gemeindebeamten wurden bisher nur 47 (27 Prozent) die Rückkehr gestattet. Von 1500 Angehörigen freier Berufe wurden bisher nur 237 (16 Prozent) die Rückkehr gestattet.

### Der Völkerbund als Schlichter.

Berlin, 11. August. Herriot hatte gestern vormittag eine lange Unterredung mit Paul Boncour, dem Vorsitzenden der Studienkommission des Obersten Rates für die nationale Verteidigung. Boncour hat über diese Unterredung mitgeteilt, daß die Studienkommission im Verlaufe einer ihrer letzten Sitzungen die Abfassung des Planes zu Ende geführt habe, der die Bedingungen annehme, unter denen die Kommission des Völkerbundes die Überwachung der Abrüstung Deutschlands in der Hand nehmen werde. Boncour gab der letzten Handlung Ausdruck, daß das Projekt im September vom Völkerbund während seiner Sitzung in Genf angenommen wird. Nach einer Meldung der Radiogesellschaft ist der Plan der französischen Studienkommission sehr detailliert. Er sieht sogar die Einsetzung von Kontrolloren des Völkerbundes in Zonen vor, die teils des Vertrag des Versailler Vertrags demilitarisiert werden sollen.

Die Mitteilung von Paul Boncour ist in zweifacher Hinsicht interessant: Sie läßt darauf schließen, daß Frankreich tatsächlich gewillt ist, die Regelung des Sicherungsproblems dem Völkerbund zu übertragen und ferner, daß die interalliierte Kontrollkommission sich bereit erklärt hat, die von dem Völkerbund geforderten Maßnahmen zu erfüllen und die für seine Wirksamkeit unentbehrliche Universalität zu

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Am 31. Juli 1919 verabschiedete die deutsche Nationalversammlung in Weimar die neue Reichsverfassung, von der der demokratische Abgeordnete Konrad Haubmann einmal treffend sagte: „Sie wird das Staatsgesetz eines lebendigen Volkes werden.“

Die aus den Folgen des verlorenen Krieges entstandenen Leiden unseres Volkes wuchsen in den ersten fünf Lebensjahren dieser Verfassung täglich. Die Republik erlebte Demütigung auf Demütigung. Ein außenpolitischer Mißerfolg reichte sich an den anderen. Obwohl diese Niederlagen im Zusammenhang standen mit der Tatsache, daß die Republik jegliche Machtmittel entbehrte, wurde sie doch von den Gegnern der Verfassung als notwendige und gewillkommene naturgesetzliche Begleiterscheinung der republikanischen Staatsform gekennzeichnet. Je größer die außenpolitische Zurückdringung und mit ihr die Not im Innern und die Verzweiflung des Volkes wurde, desto heftiger gestalteten sich die Kämpfe um die Verfassung. Es fehlte nicht an außerordentlichen Verdiensten, gewaltsam zu ändern oder gar aufzuheben. Aber trotz aller Gegenkräfte und der aus ihnen geborenen schweren und blutigen inneren Kämpfe, trotz der vielen Versuche von außen, Deutschland zu zerschlagen, konnte mit der Weimarer Verfassung die Einheit des Reiches nicht nur erhalten, sondern in der allerfrühesten Zeit sogar erheblich gestärkt werden.

Neben der Erhaltung der Reichseinheit haben wir der Verfassung eine nicht zu unterschätzende Vereinhaltung der Staatsgewalt zu danken. Große Vollziele, die anfänglich der Verfassung absehend gegenüberstanden, haben sich heute nicht nur zu ihr bekannt, sondern auch ihre Vertreter mit dem Schutz der Verfassung betraut. Nur noch ein verhältnismäßig kleiner Teil des Volkes lehnt die Verfassung überhaupt ab und noch nicht ein Fünftel hat sich bei der letzten Reichstagswahl zu denen bekannt, die einer gewalttätigen Abänderung der Verfassung das Wort reden. Mit der Zunahme der Staatsgewinnung wuchs die Staatsautorität. In demselben Maße schwindet die Gefahr des Bürgerkrieges.

### Holland zu dem Abrüstungsplan.

Genf, 10. August. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht den Wortlaut der holländischen Note an den Generalsekretär des Völkerbundes über den vom Völkerbund ausgearbeiteten Entwurf eines Rotes für gegenseitige Hilfeleistung. Darin heißt es, die holländische Regierung halte ihre früheren Einwendungen aufrecht, in denen sie darlegte, daß ein Garantepakt nicht geeignet sei, der Abrüstung zu dienen und daß das vorgelegene System eines Sonderbündnisses dem Völkerbundsatz widerspreche und erste Bestimmungen hinsichtlich der Erhaltung des Friedens einfließen müßte. Besonders unbedenklich sei Artikel 8 des Entwurfes mit automatischem Antisystem des Unterdrückungssystems. Die holländische Regierung legt sich Rechenschaft darüber ab, daß für die ganze Welt die Pflicht der Abrüstungserhaltung äußerst wichtig und daß es notwendig ist, einen Weg zur Lösung dieses übertragenden Problems zu finden. Sie, die als eine der ersten Regierungen die völkerrechtliche Gerichtsbarkeit des holländigen internationalen Gerichtshofes anerkannt habe, werde freizigelt sein, die vom Völkerbund geforderten Maßnahmen zu erfüllen und die für seine Wirksamkeit unentbehrliche Universalität zu

Hier zeigt sich deutlich die Wirkung der demokratischen Staatsverfassung. In der Demokratie ist das Volk in seiner Gesamtheit berufen, das Schicksal des Landes zu bestimmen. Jeder Staatsbürger trägt also einen Teil der Verantwortung. Das verpflichtet ihn zur bewußten Mitarbeit am und im Staate. Aus dieser politischen Mitarbeit erwächst die Achtung vor dem Staate und seiner Verfassung und der einheitliche nationale Gedanke, der jeden Umfugsdenken ausschließt, die nationale Erfüllung des politischen Gegners außer Acht läßt und jeden Bürger veranlaßt, nach besten Können dem Staate zu dienen.

Es soll nicht behauptet werden, daß die Weimarer Verfassung vollkommen ist. Manches ist reformbedürftig und niemand wird so leichtfertig, das Grundgesetz des Staates als unabänderlich zu bezeichnen. Auch die Verfassung muß geändert werden, wenn die Lebensbedingungen von Volk und Staat es verlangen. Aber diese Veränderung muß in voller Achtung der Verfassung, auf dem von ihr vorgeschriebenen Wege angestrebt werden. Nur ein Volk, das in demokratischer Form das Schicksal seines Landes regelt, kann seine innere Einheit und Geschlossenheit erhalten. Die Einheit ist uns Deutschen besonders wichtig, da sie allein in der Lage ist, die Kräfte auszuüben, die notwendig sind, um die Lasten zu tragen, die man uns aufgezungen hat. Die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag aber ist die Voraussetzung für die Befreiung der besetzten Gebiete und die Erringung der äußeren Freiheit unseres Vaterlandes überhaupt.

Das Ziel ist aber nicht nur die Erreichung unserer Freiheit. Am Verfassungstage gedenken wir ganz besonders jener Deutschen, die das Vaterland Tücht von uns trennt und die heute unter fremder Herrschaft einen harten Kampf für ihr Vaterland bestehen. Wenn wir in wahrhaft nationaler Arbeit die Einheit und Freiheit unseres Reiches gesichert haben, dann wird auch der Weg gefunden werden, der uns zur großdeutschen Republik führt. Dann wird es möglich sein, der deutschen Nation den Platz unter den Völkern der Erde zu erringen, der ihr gebührt. Die Berichte über die Verfassungsfeiern im Reich finden unsere Leser auf der nächsten Seite.

Fürdern. Aber die holländische Regierung könne ihre Unterstützung keinen Vorschlägen genehmigen, die eher eine Organisation der Gewalt als des Rechts darstellen und zu der Bildung politischer Gruppen auf militärischer Grundlage und infolgedessen zur Auflösung der internationalen Gemeinschaft führen würden.

### Eine Abmachung mit der Reparationskommission.

Paris, 10. August. Kabas berichtet aus London: Reichsfinanzminister Dr. Fucher habe der Reparationskommission mitgeteilt, die deutsche Delegation werde das Protokoll über die Durchführungsmaßnahmen des Dawesberichts unterzeichnen. Anmerkung des W.B. Wie wir von zukünftiger Stelle erfahren, handelt es sich bei der Zustimmung der Delegation bezüglich des Protokolls um eine grundsätzliche Abmachung, dahingehend, daß die der Konferenz betreffenden Fragen in einem besonderen Protokoll geregelt werden sollen. Über den Inhalt dieses Protokolls wird zuerst verhandelt. Die in dem Protokoll getroffenen Vereinbarungen werden ergänzt werden durch die Beschlüsse der Konferenz über die über-

gen Fragen, insbesondere auch die Räumungsfrage. Kommt über diese Fragen keine Einigung zustande, so würde auch die Abmachung mit der Reparationskommission hinfällig werden.

### Vom internationalen Transportarbeiterkongress.

Hamburg, 11. August. Der internationale Transportarbeiterkongress nahm in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung an über die Sozialisierung der Transportmittel. Darauf wurde beschlossen, daß der IAT der internationalen Transportarbeiter in Antwerpen verbleibt. In einer weiteren Entscheidung erhebt der Kongress nachdrücklich Protest gegen den Dawesplan, die gut organisierte deutsche Reichsbahn zu einseitigen und sie unter der Kontrolle der alliierten Kapitalisten zu stellen. Weiter wird Protest erhoben gegen die in Aussicht genommene Weltluftlinie, die Deutschland wirtschaftlich ruinieren und von der fälligen Voraussetzung ausgeht, daß Deutschland für den Ausbruch und die Fortsetzung des Krieges verantwortlich ist. Der Kongress befürchtet, daß eine der Auswirkungen des Dawesberichts die Vereinfachung des Währungsverkehrs zwischen Deutschland, dann aber auch in den alliierten und neutralen Ländern sein wird. Die Kriegskosten seien in allen Ländern den besitzenden Klassen aufzubürden.

### Um das Bankgeheimnis.

Berlin, 10. August. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Genossenschaftsverband, der Deutsche Sparkassenverband, der Generalverband der deutschen Raiffeisenvereinigungen, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband der deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, der Deutsche Industrie- und Handelsbank, der Handels- und Bankverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels haben an den Reichsfinanzminister eine gemeinsame Eingabe geschickt, in der sie die dringende Notwendigkeit der völligen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses im Interesse der wirtschaftlichen Aufbarmachung des gesamten Kapitalbestandes der Bevölkerung betonen.

### Die Arbeitsstille im Ruhrgebiet.

Essen, 10. August. Western waren im Ruhrgebiet wegen Abwamangels 48 Schachtanlagen stillgelegt. Die Zahl der ausgefallenen Schichten betrug 62.762. In der heute ablaufenden Woche würden wegen Abwamangels auf 163 Schachtanlagen 240.370 Schichten eingelegt werden gegen 215.999 in der vergangenen Woche.

### Politische Stadtverordnete.

Greifswald, 10. August. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit den Vorgängen in der Verammlung der „Nie wieder Krieg“ Bewegung, in der ein Franzose gesprochen hatte. Als einziger Punkt standen die Interpellationen der Deutschnationalen auf der Tagesordnung. Sämtliche Anträge der Interpellationen wurden nach längerer Debatte angenommen. Der erste Antrag verlangt ein Disziplinarverfahren gegen den Regierungspräsidenten Haumann. Ein weiterer Antrag fordert ein Disziplinarverfahren gegen den Ratsherrn Schmidt mit dem Zweck der Denkschriftung. Außerdem wird gegen den Oberinspektor Meiß und den Beamteninspektor Roth das Disziplinarverfahren verlangt. Schließlich wird beantragt, daß die Hundesteuer der Schutzpolizei aus Greifswald sofort abgelöst und durch eine andere ersetzt wird.